

5. Miliz stärken: Anrechenbarkeit von Behördenämtern an Weiterbildungen

Antrag des Regierungsrates vom 23. September 2020 zum Postulat 179/2018
und gleichlautender Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden

Vorlage 5656

Ratspräsident Benno Scherrer: Wir haben gemäss Paragraph 61 des Kantonsratsreglements Kurzdebatte beschlossen, das heisst, Redezeit für alle maximal zwei Minuten.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), Präsident der Kommission für Gemeinden und Kanton (STGK): Mit dem erwähnten Postulat wurde der Regierungsrat von den Postulanten und dem Erstunterzeichner Beat Habegger eingeladen, zusammen mit der Universität Zürich, den Hochschulen sowie weiteren Ausbildungsstätten zu prüfen und entsprechende Vorschläge auszuarbeiten, wie sich Milizpolitikerinnen und Milizpolitiker ihre Tätigkeit in Gemeinden und Kantonen an die Voraussetzungen zur Erfüllung von Weiterbildungslehrgängen anrechnen lassen können. Das Postulat steht im Zeichen der Anerkennung der Milizarbeit. In der Politik erwirbt man Kompetenzen und sammelt entsprechende wertvolle Erfahrungen. Das politische Engagement und vor allem das in der Politik Gelernte soll anerkannt und womöglich angerechnet werden können für Diplomstudiengänge oder Zertifikatslehrgänge oder ein Masterstudium beispielsweise. Das Milizamt soll dabei möglichst attraktiv ausgestaltet werden, insbesondere auf Gemeindeebene sind Nachwuchskräfte gesucht. Es scheint den Postulanten wichtig, dass die Rahmenbedingungen für solche Personen verbessert werden. Das Anliegen der Stärkung der Milizarbeit findet grundsätzlich breite Unterstützung; es wurde auch schon vieles in diesem Bereich getan. Dazu verweise ich gerne auf das Projekt «Gemeinden 2030».

Wie sich herausgestellt hat, ist es aber nur schwer möglich – soweit die Beratungen in der STGK –, die Frage der Anerkennung der Miliztätigkeit bei Weiterbildungslehrgängen auf politischem Weg zu lösen. Vielmehr ist dies Aufgabe des Bildungssystems, das heisst der Universitäten und der Fachhochschulen. Es ...
(Die Redezeit ist abgelaufen.)

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil): Die Milizpolitik ist offensichtlich die grösste Stärke unseres schweizerischen Politsystems. Viele Bürgerinnen und Bürger übernehmen neben der beruflichen Tätigkeit ein Amt in Gemeinden oder im Kanton und bringen ihr berufliches Fachwissen in die Behördenarbeit ein. Das ist kostengünstig und führt tendenziell auch zu praxistauglicheren Lösungen. Im Gegenzug erwerben Milizpolitikerinnen und Milizpolitiker zahlreiche Fähigkeiten wie zum Beispiel Projektmanagement, Führung, Finanzwissen oder Kommunikationskompetenz.

Die Mitwirkung in einer Behörde ist allerdings oft nicht nur anspruchsvoll, sondern auch zeitintensiv. Manche Mitglieder reduzieren dafür ihr Arbeitspensum

oder verzichten beispielsweise auf eine Weiterbildung, um Abwesenheiten am Arbeitsplatz möglichst gering zu halten. Viele Arbeitgeber sind zunehmend weniger bereit, Mitarbeitenden für Milizfunktionen entsprechend Zeit zu gewähren. Dies alles kann sich letztlich negativ auf die berufliche Entwicklung und auf mögliche Karrieren auswirken. Das wiederum mindert die Attraktivität eines Behördenamts. Deshalb fällt es vielen Gemeinden immer schwerer, genügend erfahrene Berufsleute für die zu besetzenden Behördenämter zu rekrutieren. Der Nachteil des eingeschränkten Zeitbudgets liesse sich etwas mildern, wenn die Behördentätigkeit in geeigneter Form an Weiterbildungen anrechenbar wird. Der Nutzen eines Milizamts für Behördenkandidierende, aber auch für Arbeitgeber und damit die Akzeptanz durch diese, liesse sich so steigern. Weiter könnte die Miliztätigkeit als Praxiserfahrung zur Erfüllung einer entsprechenden Anforderung im Rahmen der Weiterbildung gelten oder bezüglich der Erfüllung einer entsprechenden Zulassungsvoraussetzung. (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Nicola Yuste (SP, Zürich): Wir haben es gehört, die STGK beantragt Ihnen einstimmig, das Postulat von Beat Habegger als erledigt abzuschreiben, obwohl der Bericht der Regierung den Postulanten und auch uns, die SP, nicht recht zufriedenstellen konnte. Eigentlich ist es schade, denn es scheinen sich Regierung und alle Parteien einig zu sein, dass eine erleichterte Anrechnung der durch die Milizarbeit erworbenen Kompetenzen an Weiterbildungen wünschenswert wäre. Sie würde die Anerkennung der Miliztätigkeit verbessern und das Milizsystem als Ganzes stärken.

Dennoch ist das Anliegen leider nicht so einfach umzusetzen. Die Gründe haben Sie gehört, es handelt sich hier um informelle Bildung; die Wertigkeit der politischen Arbeit in den verschiedenen Ämtern ist nirgends systematisch und einheitlich festgehalten. Ausserdem steht die Hochschulautonomie im Weg. Immerhin zeigten sich die Hochschulen in den Anhörungen offen für eine individuelle Anerkennung je nach Kenntnissen und Erfahrung der Kandidatinnen und Kandidaten und Anforderungen der Weiterbildung.

Auch wenn die SP der Abschreibung des Postulats zustimmt, sehen wir die Regierung und den GPV (*Verband der Gemeindepräsidenten*) in der Pflicht, das breit abgestützte Anliegen des Postulats aufzunehmen und Massnahmen zu entwickeln, wie die Einzelfallprüfung und Anerkennung durch die Hochschulen in Zukunft erleichtert werden kann. Denkbar wäre zum Beispiel die Entwicklung von Leitlinien, die einen möglichst systematischen Überblick über die Aufgaben und Kompetenzen der verschiedenen Milizämter im Kanton Zürich geben und deren Wertigkeit definieren. Auch halten wir die vom Kommissionspräsidenten erwähnten Massnahmen zur besseren Bekanntmachung der bestehenden Angebote oder die vermehrte Einbindung des Kantonsrats in die Ausgestaltung von neuen Weiterbildungsangeboten für sinnvoll.

Hauptsache, dieses Anliegen wird mit dem Postulat nicht einfach ad acta gelegt. Vielen Dank.

Beat Habegger (FDP, Zürich): Es wurde jetzt eigentlich schon das meiste gesagt. Die Postulatsantwort war tatsächlich ungenügend; was die Hochschulen tun, wozu sie bereit wären, welche Schritte sie unternehmen, wie sie die Parlamentarierinnen und Parlamentarier unterstützen wollen. Darüber gab es nichts zu lesen. Man hat sich ein bisschen hinter der Hochschulautonomie versteckt. Die Postulatsantwort ist auch nach zwei Jahren Behandlung in der Verwaltung wirklich sehr dünn und substanzarm. Da hätten wir uns schon mehr erwartet.

Die Beratungen in der STGK haben mich dann auch milde gestimmt; es hat mich gefreut, dass Regierungsrätin Jacqueline Fehr das Anliegen eigentlich ganz genau verstanden hat. Auch von den anderen STGK-Mitgliedern habe ich gespürt, dass sie sich ebenfalls eine etwas proaktivere Haltung der Hochschulen gewünscht hätten. Wir haben dann auch eine zusätzliche Sitzung in der STGK gehabt mit den Vertreterinnen und Vertretern der ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*) und des Hochschulamtes. Da haben wir gesehen, dass es doch ein gewisses Interesse gibt, an diesem Thema weiterzuarbeiten.

Drei Schlussfolgerungen von mir an die Hochschulen: Machen ist besser als wollen und noch besser als viel versprechen. Tun Sie was und nehmen Sie die Verantwortung für Gesellschaft und Politik wahr. An die Regierung und die Verwaltung: Wenn Sie bei Postulaten die Fristen schon ausschöpfen, dann schreiben Sie einen substanzvollen Bericht. Und an uns alle: Kämpfen wir für das Milizprinzip, setzen wir uns dafür ein, dass diese in der Schweiz einzigartige Symbiose von beruflichem und politischem Engagement auch in Zukunft eine Zukunft hat.

Karin Joss (GLP, Dällikon): Wir alle kennen die Situation: Wir befinden uns im Spannungsfeld von Familienpflichten, Beruf und Nebenjob, einem oder sogar mehreren politischen Ämtern, Partearbeit, Weiterbildung; dazu kommen vielleicht noch Militär und andere Dienste und weitere Tätigkeiten. Es braucht viele Menschen im Kanton Zürich für alle Exekutiven und Legislativen; allein für Kommissionen braucht es bis zu 7000 Personen, die sich wählen lassen und das Amt dann auch ausüben. Alles unter einen Hut zu bringen ist nicht einfach.

Es gibt aber viele Synergien: Wer am Beginn einer politischen Laufbahn steht, bringt Ausbildung und Erfahrungen aus dem Berufsleben mit, erwirbt durch das politische Amt aber auch neue Fähigkeiten, die wiederum im Beruf nützlich sein können. Wir sind uns einig, dass Politikerinnen und Politiker auf allen Ebenen günstige Rahmenbedingungen antreffen sollen, welche ihnen einen reibungslosen Übergang von einer Phase in die nächste ermöglichen. Sowohl beim Einstieg in die Politik als auch am Ende einer Miliztätigkeit kann eine Weiterbildung hilfreich sein. Das Angebot ist vorhanden, sei es ein Lehrgang für die Politik oder ein Studium für den Job. Wir anerkennen die Erwartungen des Postulanten Beat Habegger. Die Miliztätigkeit soll an ein Studium angerechnet werden, wenn sie passt; in erster Linie dort, wo Praktika oder praktische Erfahrung verlangt werden. Wir anerkennen aber auch die Hochschulautonomie und damit die Tatsache, dass die Hochschulen eigenständig über die Anerkennung von politischer Tätigkeit entscheiden. Von der Regierung erwarten wir, dass sie dieses Anliegen mit klarer Kommunikation gegenüber den Hochschulen dauerhaft unterstützt.

Die GLP ist, wie die ganze STGK, einverstanden mit der Abschreibung des Postulats. Ich danke Ihnen.

Urs Dietschi (Grüne, Lindau): Das meiste wurde schon gesagt. Auch wir Grünen unterstützen die Abschreibung des Postulats.

Die Thematik, es wurde erwähnt, soll nicht aus den Augen verloren gehen. Die Hochschulen wollen sich bemühen. Wir hoffen, dass etwas daraus wird, aber reinreden kann man ihnen leider so nicht. Es wird schwerfallen, das weite Gebiet der Politik in ein prüfungsfähiges Feld zu bringen und so eine formalisierte Prüfung erstellen zu können. Es soll aber, wie gesagt, einen Weg gefunden werden, die informell angeeignete Kompetenz im Rahmen der Milizarbeit anrechnen zu können. Mehr gibt es nicht zu sagen, weil alles schon gesagt wurde. Danke.

Jean-Phillipe Pinto (Die Mitte, Volketswil): Das Milizsystem ist neben dem Föderalismus und der direkten Demokratie ein Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz. Dank dem Milizsystem bleibt die Politik in der Schweiz bürgernah. Doch es wird zunehmend schwierig, Personen für ein Milizamt zu gewinnen. Das Jahr der Milizarbeit 2019 des schweizerischen Gemeindeverbandes hat gezeigt, dass Handlungsbedarf besteht. Ein Engagement in der Gemeindeexekutive ist aufwendig; das Entgelt ist nicht selten bescheiden. Insbesondere für ambitionierte Berufsleute, die einen Stellenwechsel oder eine Führungsposition anstreben, kann ein Milizamt ein Wettbewerbsnachteil sein gegenüber jenen, die sich nicht für das Gemeinwohl engagieren und Zeit in eine berufliche Weiterbildung investieren können.

Dass Handlungsbedarf besteht, ist allgemein unbestritten. In der Arbeitsgruppe «Milizarbeit» findet diesbezüglich eine rege Diskussion statt. Es liegen verschiedene Ideen auf dem Tisch. Gemäss dem Bundesgesetz über die Weiterbildung gehören Kompetenzen, die ausserhalb der strukturierten Bildung erworben wurden, zur sogenannten informellen Bildung. Dazu gehört auch die Miliztätigkeit und das Engagement in Gemeindeexekutiven. Diese können nicht per se, sondern lediglich im Hinblick auf existierende formale Bildungen angerechnet werden.

Im Bereich der Hochschulbildung gilt das Prinzip der Hochschulautonomie. Den Hochschulen können branchenspezifische Anrechnungen nicht vorgeschrieben werden. Gerade aber die Hochschulen bieten vermehrt im Bereich der Weiterbildungen verschiedene CAS (*Certificate of Advanced Studies*) in Zusammenarbeit mit Spezialisten aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik an. Diese Kurse sind gut besucht und in der Praxis gut aufgenommen worden.

Die Mitte stimmt dieser unbestrittenen Abschreibung des Postulats, KR-Nr. 179/2018, zu.

Walter Meier (EVP, Uster): Es geht um das Postulat «Miliz stärken: Anrechenbarkeit von Behördenämtern an Weiterbildungen». Das Anliegen des Postulats ist berechtigt. Allein die Umsetzung ist nicht so einfach wie gewünscht. Einerseits geniessen die Hochschulen Autonomie. Kantonsrat und Regierungsrat können Wünsche anbringen, aber den Hochschulen nichts vorschreiben. Wie wir in der

STGK von den Hochschulen gehört haben, sind sie jedoch am Thema interessiert, schauen aber jeden Fall separat an. Daraus können keine Regeln abgeleitet werden, wie dies die Postulanten fordern. Damit die Hochschulen und Fachhochschulen am Thema dranbleiben können, braucht es Kantonsrätinnen, Kantonsräte und andere Politiker, welche sich entsprechend weiterbilden und bei der Anmeldung zu den Lehrgängen ihre Tätigkeit im Kantonsrat, Gemeinderat und so weiter zur Sprache bringen.

Die EVP stimmt der Abschreibung des Postulats zu.

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil) spricht zum zweiten Mal: Ich komme zu Teil zwei: In der STGK konnte von der ZHAW, durch den Rektor Jean-Marc Piveteau, glaubhaft dargelegt werden, dass bereits heute die politische Praxistätigkeit in jedem Einzelfall geprüft und berücksichtigt wird. Aufgrund dieses Austausches hat sich herauskristallisiert, dass sehr wohl ein Handlungsbedarf besteht und zwar bezüglich praxistauglicher Module, Zertifikaten, Zeugnissen und vor allem deren Bewerbung und Bekanntmachung bei den Parlamentariern.

Möglichkeiten dazu wurden auch in der Kommission diskutiert und wären zum Beispiel ein Auftrag an die Parlamentsdienste unter Koordination der Regierung oder Module für Parlamentarier mit Möglichkeit zur Erwerbung eines offiziellen Diploms. Dies aufgrund der Tatsache, dass Diplome einen wichtigen Stellenwert in der Privatwirtschaft haben. Gerade bei internationalen Grosskonzernen mit ausländischen Führungskräften ist unser Politsystem kaum bekannt, und sie verstehen somit auch die politische Miliztätigkeit nicht.

Wir haben gehört, für den Postulanten wurde seinem Anliegen Rechnung getragen, und er ist für die Abschreibung des Postulates. Zusammen mit ihm stehen wir einem neuen konkreten Vorstoss offen gegenüber.

Dieter Kläy (FDP, Winterthur): Ein Aspekt bleibt bei dieser Diskussion völlig unberücksichtigt; das hat mich jetzt erstaunt. Es gibt ja erfolgreiche Muster und Erfahrungen solches Zusammenarbeiten, solcher Anrechnungen. Da ist die Zusammenarbeit zwischen der militärischen Kaderausbildung und der Hochschulen. Ein politisches Milizamt, insbesondere, wenn es eine Exekutive ist, beinhaltet ja bekanntlich auch Führungserfahrung. Zumindest dieser Teil sollte man in gewissen Fällen anrechnen können. Die langjährige Zusammenarbeit zwischen Armee und den Schweizer Hochschulen bestätigt das ja. Diverse Hochschulen anerkennen diese Ausbildung der militärischen Führungsausbildung, indem sie Lehrpläne der Hochschule mit denjenigen der höheren Kaderausbildung abgleichen. Jetzt kann man dieses Muster oder diese Erfahrung auch als Muster für eine Zusammenarbeit mit den politischen Ämtern nehmen. Ich rege an, dass man dies noch vertieft studiert. Besten Dank.

Regierungsrätin Jacqueline Fehr: Vielen Dank für diese Debatte. Es ist tatsächlich so, dass sich sowohl Regierung als auch anschliessend die Kommissionen sehr intensiv darüber Gedanken gemacht haben, wie dieses Anliegen umgesetzt

werden kann. Ich kann Ihnen dazu auch offenlegen, dass ich in meinem vorherigen Leben als Nationalrätin auch bereits in dieser Sache vorstössig war und ähnliche Forderungen eingebracht habe, weil mich das auch ganz persönlich umtreibt, wie man diese Erfahrungen, die man in politischen Ämtern macht, wie man die valorisieren und fürs berufliche Leben auch nutzbar machen kann. Dies auch deshalb, weil natürlich in der heutigen Zeit politisches Engagement und Weiterbildung, berufliches Fortkommen sich in einem gewissen Masse auch konkurrenzieren. Wenn man mittleren Alters ist oder Familie hat, sich entscheidet, macht man jetzt noch eine Masterausbildung oder engagiert man sich politisch, dann reicht es meistens nicht für beides. Damit entsteht eine reale Konkurrenz. Wenn man sich für die Politik entscheidet, tut man etwas Gesellschaftswichtiges, Gesellschaftsrelevantes, aber man kann das dann wiederum nicht nutzen oder nicht direkt nutzen für die berufliche Karriere.

Die Analyse ist, glaube ich, breit gemacht. Sie wird auch breit geteilt. Die Lösungen sind aber tatsächlich, wie mehrfach ausgeführt wurde, nicht ganz einfach. Auch die Debatte mit der militärischen Führungsausbildung, die haben wir auch schon geführt. Das ist diese Einzelfallprüfung. Die gibt es tatsächlich. Aber ich glaube auch, dass wir noch weiterkommen müssen. Die Arbeitsgruppe «Miliz» von «Gemeinden 2030» wird dieses Thema weiterbearbeiten. Vielleicht ist ein Weg ausserhalb der parlamentarischen Strukturen durchaus möglich, schrittweise, allenfalls angelehnt an bereits gemachte Erfahrungen. Wir bleiben alle dran, weil uns das Thema sehr bewegt und wichtig erscheint.

Ratspräsident Benno Scherrer: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat KR-Nr. 179/2018 ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.